

Presseerklärung vom 06.06.2018

22.515 Unterschriften für Reform der Psychotherapeuten-Ausbildung

Vorsitzender des Gesundheitsausschusses nimmt Petition entgegen

Berlin, den 06.06.2018

Mit 22.515 Unterschriften übergeben Psychotherapeuten in Ausbildung (PiA) am 6. Juni 2018 um 9.00 Uhr eine [Petition](#) an den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses des Bundestages, Erwin Rüdell. Die Petition fordert eine zügige Reform der Psychotherapeuten-Ausbildung in Deutschland. Vor dem Paul-Löbe-Haus, das die Ausschüsse des Bundestages beherbergt, wurde die Übergabe von einem Protest begleitet. Mit Transparenten und Protestlied machten die PiA und Unterstützer*innen zum wiederholten Male auf ihre prekäre Situation aufmerksam. Psycholog*innen und Pädagog*innen müssen in Deutschland vor dem Staatsexamen (Approbation) als "Psychologische Psychotherapeut*in" bzw. „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*in“ eine 3 bis 5-jährige postgraduale Ausbildung absolvieren, in der kein Anspruch auf Sozialversicherung, Bezahlung oder Urlaub besteht und kein eindeutiger sozial- und berufsrechtlicher Status definiert ist. Hinzu kommen Ausbildungskosten in Höhe von durchschnittlich 25.000 €, die die Auszubildenden selbst tragen müssen.

„Die Bedingungen in der Ausbildung, insbesondere im Psychiatrie-Jahr, sind untragbar. Akademiker arbeiten hier, teils vollständig eigenverantwortlich, mit stationären Patienten in schweren Lebenskrisen – ohne Vergütungsanspruch und sozial und arbeitsrechtliche Absicherung. Ich arbeite in 2 Nebenjobs zusätzlich zum Ausbildungspraktikum. Hinzu kommen die Ausbildungskosten und theoretische Ausbildungskurse am Wochenende“, schildert Katharina van Bronswijk, Vertreterin des PiA-Politik-Treffens, ihre Lage.

Reformprozess stockt

Bereits 2009 hatte das Bundesgesundheitsministerium (BMG) nach jahrelangen Protesten ein Forschungsgutachten veröffentlicht, das den Reformbedarf für die Ausbildung von Psychotherapeut*innen bestätigt und anmahnt, dass die Approbationsanforderungen an die neuen Bedingungen nach der Bologna-Reform angepasst werden sollte. Das Psychotherapeutengesetz (PsychThG) von 1999 ist hier nicht mehr zeitgemäß. 2016 hatten die Bundespsychotherapeutenkammer und Vertreter der psychotherapeutischen Berufs- und Fachverbände ein Konzept für die reformierte Ausbildung erarbeitet. Dieses fand in weiten Teilen in einem Arbeitsentwurf des BMG aus dem Sommer 2017 Widerhall. Es sieht u.a. ein an der Psychologie orientiertes Grundstudium (Bachelor Psychotherapie) und einen spezialisierten Psychotherapie-Master mit einem Staatsexamen vor, sodass nach Studienende die Approbation (Heilbehandlungserlaubnis) erlangt werden kann. Anschließend ist eine vertiefende Weiterbildung vorgesehen. Durch die Bundestagswahl im September 2017 ist der Reformprozess ins Stocken geraten, im Koalitionsvertrag ist der Abschluss der Reform in dieser Legislatur vorgesehen. Entsprechende Übergangsfristen könnten dazu führen, dass PiA in den nächsten 12 - 15 Jahren weiterhin unter den prekären Ausbildungsbedingungen werden arbeiten müssen. „Wir fordern dringend eine schnelle Reform wie auch gesetzliche Übergangsregelungen, die bis zur Einführung der neuen Weiterbildung auch für die jetzigen PiA den sozialrechtlichen Status und die Bezahlung regeln“, sagt Katharina van Bronswijk.

Beim PiA-Politik-Treffen, aus dem die Initiative für die Petition hervor gegangen ist, handelt es sich um ein regelmäßiges verbändeübergreifendes Treffen mit dem Ziel der besseren Vernetzung und des berufspolitischen Austauschs von PiA über für sie relevante Themen.

Für weitere Informationen und Bilder wenden Sie sich bitte an:

Katharina van Bronswijk.

Tel. Mobil: 0176 3256 9479, Mail: katharina.van.bronswijk@posteo.de

bvvp BUNDESVERBAND DER
VERTRAGSPSYCHOTHERAPEUTEN E.V.

dgvt

Deutsche Gesellschaft für
Verhaltenstherapie e.V.

DPTV Deutsche
Psychotherapeuten
Vereinigung

VPP 